

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Sammi Sandawi

Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags (1. Dezember 2009) und der damit verbundenen Umbenennung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurden die vertraglichen Weichen für eine flexiblere und kohärentere Ausgestaltung dieses Politikbereichs gelegt. Gleichzeitig ist diese Umbruchphase, die erhebliche institutionelle Veränderungen mit sich bringt, wie bereits die Jahre zuvor von einer Reihe sicherheitspolitischer Herausforderungen gekennzeichnet. Im Mittelpunkt stehen dabei, neben den teils intensiven Kampfhandlungen in Afghanistan, die weitere Zuspitzung der politischen Lage im Iran nach der Präsidentschaftswahl im Juni 2009, der Ausbruch ethnischer Unruhen in der zentralasiatischen Republik Kirgistan (Juni 2010) sowie der Dauerkonflikt im Nahen Osten.

In Afghanistan ist trotz der zwischenzeitlichen Truppenaufstockung um weitere 17.000 Soldaten das (Wieder-)Erstarken fundamentalistischer Kräfte mittlerweile nicht mehr zu leugnen und hat angesichts immer höher Verluste auf Seiten der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) den politischen Druck zum Truppenrückzug nochmals verstärkt, was teils erhebliche Konsequenzen für einzelne EU-Staaten mit sich brachte. Insbesondere die Niederlande, deren Regierung an der Afghanistanfrage im Frühjahr 2010 zerbrochen ist,¹ sah sich gezwungen, ihre militärischen Einheiten zum August 2010 vollständig abzuziehen. Auf amerikanischer Seite plant US-Präsident Obama den Beginn des Abzugs amerikanischer Truppen im Jahr 2011. Parallel hierzu haben die USA die letzten Kampfverbände im Irak, wo eine weiterhin überaus fragil anmutende Stabilisierungsentwicklung eingesetzt hat, bereits im August 2010 unter Inkaufnahme eines innerirakischen Machtvakuum, welches durch den Iran gefüllt zu werden droht, abgezogen. Im Iran selbst, wo es nach der offensichtlich manipulierten Präsidentschaftswahl zu anhaltenden Massendemonstrationen reformorientierter Kräfte kam, hat sich das Regime um Machthaber Ahmadinedschad nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste mit zahlreichen Toten vorerst wieder gefestigt. Allerdings setzt nach den USA nun auch die EU im Atomstreit mit dem Regime in Teheran zunehmend auf Härte und zielt mit neuen Sanktionen nun auf die iranische Wirtschaft.² Handelsbeschränkungen und Investitionsverbote für die Bereiche Öl, Gas, Finanzen und Transport werden nach Ansicht der CIA die iranische Atombombe jedoch nicht mehr verhindern, deren Einsatzbereitschaft für 2012 erwartet wird.³ Parallel zur Verschärfung der Sanktionen wurde mittels eines bisher einmaligen Computervirus ein großangelegter Sabotageversuch iranischer Atomanlagen verübt, der die Verwicklung westlicher Nachrichtendienste nahelegt. Wenngleich die tatsächlich angerichteten Schäden nicht öffentlich bekannt wurden, gilt der

1 Mirjam Hecking: Niederlande schlittern ins politische Chaos, in: SPIEGEL Online, 20. Februar 2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,679254,00.html>.

2 Nikolas Busse: EU beschließt scharfe Sanktionen gegen Iran, in: Frankfurter Allgemeine, 26. Juli 2010, <http://www.faz.net/-01E5YR>.

3 CIA traut Iran für 2012 die Bombe zu, in: Die Zeit, 28. Juni 2010, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/cia-iran-atombombe>.

„Stuxnet“-Virus doch bereits heute als Wendepunkt der modernen Kriegsführung, welcher auch die EU und ihre Fähigkeiten im Bereich der Cybersicherheit tangiert.⁴

Jenseits militärischer Konflikte trug eine außergewöhnlich hohe Zahl tragischer Naturkatastrophen (u.a. Erdbeben in Haiti, Flutkatastrophe in Pakistan, Waldbrände in Russland) und den damit ebenfalls erwachsenen Sicherheitsfragen zu einem gestiegenen Druck auf die EU bei, sich stärker als bisher auch in diesem Bereich des Krisenmanagements zu engagieren und entsprechende Fähigkeiten auszubauen.⁵

Die Entwicklung der ESVP unter der schwedischen Ratspräsidentschaft⁶

Mit der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2009 endete die zweite Dreier-Präsidentschaft. Zugleich trat während des schwedischen Vorsitzes nach einer fünfjährigen Hängepartie um das Erbe des EU-Verfassungsvertragsentwurfs der Vertrag von Lissabon in Kraft, weshalb der schwedische Premierminister Fredrik Reinfeldt der letzte Regierungschef gewesen ist, der den Vorsitz im Europäischen Rat innehatte. Ab 1. Dezember 2009 ging der Ratsvorsitz an den neu ernannten hauptamtlichen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy über, dessen Amt durch den Lissabonner Vertrag neu geschaffen worden war.

Während der Ratspräsidentschaft legte Schweden vier ESVP-Vorschläge vor, welche zusammengenommen die Sorgen und Prioritäten des nordeuropäischen Landes in Bezug auf die europäische Entwicklung im Sicherheits- und Verteidigungsbereich reflektieren. Den Vorschlägen „gemeinsam war der Versuch, die Effizienz und Koordination vorhandener Ressourcen zu verbessern statt neue einzubringen“.⁷ Der erste der vier Punkte war hierbei die Neuordnung der Battlegroups (BG). So war die Situation im Frühjahr 2008 „[e]in besonderer Dorn im Auge Schwedens [...], als klar wurde, dass der nordische Gefechtsverband nicht genutzt werden würde, obwohl gleichzeitig für [...] EUFOR Tchad/RCA weitere Truppen benötigt wurden“⁸. Aus diesem Grund suchte Schweden eine Verständigung über eine Ausweitung der Einsatzfelder der Battlegroups, woraufhin die Regeln ergänzt wurden und nun erlaubt ist, dass die Battlegroups oder Teile hiervon zukünftig auch außerhalb des etablierten Konzepts eingesetzt werden können. „Obwohl Schweden sich als einziges Land für dieses Thema stark machte, konnte das Land die Unterstützung anderer gewinnen, auch wenn der Militärausschuss der Europäischen Union und einige Länder vor zu weitgehenden Schritten warnen“⁹. Diese bezogen sich dabei insbesondere auf die Möglichkeit des Verlusts der schnellen militärischen Krisenreaktion, welche letztlich die Existenzgrundlage für die EU-Battlegroups darstellt. Der zweite wesentliche Impuls der Schweden war die weitere Stärkung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), deren Effizienz durch die sukzessive Einführung eines offenen und transparenten europäischen Marktes für Rüstungsgüter gestärkt werden soll, sich jedoch angesichts zahlreicher nationaler Vorbehalte und protektionistischer Reflexe nur überaus schleppend weiterentwickelt. Die dritte Priorität Schwedens umfasst den Aspekt der Integration ziviler und militärischer

4 Frank Rieger: Der digitale Erstschatz ist erfolgt, in: Frankfurter Allgemeine, 22. September 2010, <http://www.faz.net/-01143H>.

5 Siehe etwa: Sarkozy fordert europäische Eingreiftruppe, in: Der Tagesspiegel, <http://www.tagesspiegel.de/politik/sarkozy-fordert-europaeische-eingreiftruppe/1904246.html>.

6 Vgl. hierzu: Generalsekretariats des Rates: Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur ESVP, Doc 16500/09, 23. November 2009, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16500.de09.pdf>.

7 Gunilla Herolf: Schweden und die Ratspräsidentschaft: Ehrlicher Makler mit eigenen Interessen, Integration, No. 2/2010, April 2010, S. 131-149, S. 143.

8 Herolf: Schweden und die Ratspräsidentschaft, S. 143.

9 Herolf: Schweden und die Ratspräsidentschaft, S. 143.

Fähigkeiten. So wurde zur Verbesserung der zivil-militärischen strategischen Planungsfähigkeit das neue Direktorat „Crisis Management and Planning Directorate“ (CMPD) im Generaldirektorat Auswärtige und Militärpolitische Angelegenheiten (DGE) eingerichtet und zusammen mit den anderen Krisenmanagementinstrumenten¹⁰ in den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) überführt. Die neue Direktion soll auch die gemeinsame zivile und militärische (Weiter-)Entwicklung von Fähigkeiten unterstützen. Als konkretes Beispiel für etwaige zivil-militärische Synergien wird in den Ratsbeschlüssen zur ESVP die Integration der maritimen Überwachungssysteme genannt, welche zugleich den vierten Punkt auf der Schwedischen ESVP-Prioritätenliste bilden. So wurde die Initiative zur internationalen Zusammenarbeit bei der Meeresüberwachung im Herbst 2009 vorgestellt und das ostseeweite Seeraumsüberwachungssystem „Sea Surveillance Cooperation Baltic Sea“ (SUCBAS) als Beispiel für sektor- und Pfeilerübergreifende Zusammenarbeit gelobt, welche aus gemeinsamen Herausforderungen entstanden ist. „Schweden erwartet, dass SUCBAS ein Modell und eine der Verbindungen sein wird, an die sich anderswo in Europa existierende Systeme anschließen, um einen Verbund zu schaffen, der die maritimen Bereiche abdeckt, die sowohl für zivile wie für militärische Zwecke nützlich sind.“¹¹

Die Entwicklung der ESVP unter der spanischen Ratspräsidentschaft¹²

Mit Spanien begann die dritte Dreier-Präsidentschaft, die auch die folgende belgische und ungarische EU-Ratspräsidentschaft umfasst. Die spanische Ratspräsidentschaft war zugleich die erste, in der von Beginn an die Neuerungen des Vertrags von Lissabon galten. Aus diesem Grund trat nicht der spanische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero den Vorsitz im Europäischen Rat an, sondern der Belgier Herman Van Rompuy, der zuvor zum ersten hauptamtlichen Ratspräsidenten ernannt worden war.

Während der spanischen Ratspräsidentschaft spielt die Implementierung der Neuerungen des Vertrags von Lissabon eine zentrale Rolle, weshalb diese allgemein als „Transitionspräsidentschaft“ wahrgenommen wurde. Insbesondere die Maßnahmen zur Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes standen dabei im Mittelpunkt der Bemühungen. Die spanische Regierung kündigte hierbei eine „zurückhaltende“ Tätigkeit an, um die neu geschaffenen europäischen Führungsämter des Ratspräsidenten Herman Van Rompuy und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton nicht zu beschädigen. Gleichzeitig wurden auf dem Außenministertreffen Anfang März 2010 kritische Stimmen laut, die Ashton vorhielten, die Interessen der Mitgliedstaaten nicht genügend zu berücksichtigen. Somit kam es erst kurz vor Ende der spanischen Ratspräsidentschaft zu einer abschließenden Einigung über den EAD, die tatsächliche Umsetzung blieb der späteren belgischen Ratspräsidentschaft überlassen.

Ebenso wie schwedische war auch die spanische Ratspräsidentschaft bemüht, im Rahmen der GSVP die Möglichkeiten einer Flexibilisierung der Einsetzbarkeit der EU Battlegroups zu thematisieren. Die Grundlage für das weitere Vorgehen bildet hierbei das in den Ratsschlussfolgerungen vom November 2009 angenommene „Guideline-Paper“. Kernpunkte sind hierbei, dass es vorerst keine Revision des EU-BG-Konzepts geben soll, dass die Beibehaltung von gleichzeitig zwei EU-Battlegroups für sechs Monate im „Standby-

10 Hierzu zählen u.a. der EU-Militärstab, die Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC) sowie das Joint Situation Centre (SITCEN).

11 Herolf: Schweden und die Ratspräsidentschaft, S. 144.

12 Vgl. hierzu: Generalsekretariats des Rates: Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur GSVP, Doc 8671/10, 23. April 2010, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st08/st08671.de10.pdf>.

Modus“ gemäß Headline Goal 2010 bestätigt wurde, dass die Verwendung von EU-BG für Einsätze außerhalb des BG-Konzepts ausgeschlossen wurde, dass die Möglichkeit der Herausmeldung von einzelnen Elementen aus einer EU-BG im „Standby-Modus“ für andere Einsatzoptionen außerhalb der schnellen Krisenreaktion ermöglicht wurde und dass eine Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen den jeweiligen EU-BG und EU-Organen vereinbart wurde. Darüber hinaus sollen Haushaltsexperten der Union in den entsprechenden Gremien die Frage der möglichen Gemeinschaftsfinanzierung erörtern, sodass die Lasten für die Truppenstellenden Staaten zumindest in finanzieller Hinsicht auf eine alle Mitgliedsstaaten umfassende Basis verteilt werden.

Zeitgleich wurde auf Initiative der Staaten des „Weimarer-Dreiecks“ innerhalb der EU auch eine Diskussion über die Zukunft der Battlegroups mit dem Ziel der Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit angestoßen. Angestrebt wird, Möglichkeiten zu identifizieren, mit denen einerseits die Interoperabilität zwischen den teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten verbessert und andererseits die Zusammenarbeit auf unterschiedlichen militärischen Gebieten verstärkt werden kann. Ausgangspunkt hierfür soll die EU-BG im ersten Halbjahr 2013 sein, die gemeinsam von den Nationen des Weimarer Dreiecks gestellt wird. Die dabei gemachten Erfahrungen könnten dann gegebenenfalls im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit für eine Verbesserung bei der Zusammenstellung und Vorbereitung einer EU-BG im engeren Sinne (bspw. Vereinheitlichung des multinationalen Vorbereitungsprozesses, gemeinsame Verfahrensgrundsätze) und zur Ausdehnung der militärischen Kooperation auf andere Gebiete (bspw. gemeinsame Doktrin, Führer- und Truppenausbildung, Rüstungsprojekte) genutzt werden.

Ungeachtet der unterschiedlichen Initiativen zur Stärkung des EU-Fähigkeitsprofils hält etwa Penalves resümierend fest: „Moving to potential improvement of crisis management capabilities, the Spanish EU Presidency proposed development on rapid response capacities dealing with humanitarian situations, such as the earthquake in Haiti. However, there has not been much improvement: there is a lack of common EU training across Member States, synergies are not fully optimised and both the EU Battlegroups and civilian capabilities have a long way to go before they are used in full capacity“.¹³

Zivile und militärische Operationen der EU

Der noch immer größte laufende – aber in sukzessiver Reduzierung begriffene – militärische Einsatz der Union, EUFOR ALTHEA, in Bosnien-Herzegowina besteht aktuell aus rund 2.000 Soldaten, die zur Gesamtstabilität des Landes beitragen sollen und seit Januar 2010 auch „non-executive capacity-building and training support“¹⁴ anbieten soll. Parallel hierzu existiert unter Leitung des deutschen Polizeigenerals Stefan Feller bis mindestens Ende 2011 die *EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina* (EUPM). Die älteste ESVP-Operation überhaupt wurde dabei mit den Jahren auf rund 130 internationale Mitarbeiter reduziert. Die Hauptaufgabe von EUPM liegt mittlerweile der Kampf gegen die weiterhin hohe Korruption und Organisierte Kriminalität in dem Balkanland.

Die größte und zugleich bedeutendste zivile Mission der EU findet gegenwärtig im Kosovo statt, wo die EU nach teils erheblichem Widerstand aus Belgrad und Moskau am

13 Francisco Penalves: Spanish Presidency of the EU, Mid-Term Review: ‘Game Over’ for Rotating EU Presidencies on CSDP, European Security Review no. 49, ISIS Europe, April 2010, S. 4.

14 EU Council Secretariat: EU military operation in Bosnia and Herzegovina, Factsheet, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/missionPress/files/100121%20Factsheet%20EUFOR%20Althea%20-%20version%2020_EN.pdf.

9. Dezember 2008 die Einsatzbereitschaft der Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo erklärte, obwohl bis heute zwischen den EU-Staaten Uneinigkeit über den rechtlichen Status der von Serbien abtrünnigen Provinz besteht. Auch die nicht bindende Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zum Status des Kosovo (22. Juli 2010), wonach die einseitige Deklaration der Unabhängigkeit des Kosovo rechtens sei, hat hieran nichts Grundlegendes geändert. Entgegen der ursprünglichen Intention, wonach die ESVP-Rechtsstaatsmission EULEX KOSOVO, nach einem kurzen Transitionsprozess die seit 1999 aktive UN-Mission im Kosovo (UNMIK) im Bereich Polizei und Justiz komplett ersetzen sollte, zog sich die Stafettenübergabe der UNO auf die EU wegen der nicht vollständig geklärten Anerkennungsfrage und politischen Widerständen seitens der UN über mehrere Monate hin und endete mit einem zweifelhaften Kompromiss, wonach nun beide Missionen UNMIK und EULEX vorerst parallel zur ebenfalls weiterhin präsenten NATO im Kosovo ihrer Arbeit nachgehen. Mittlerweile widmet sich die UNMIK jedoch ausschließlich jenen Regionen, die mehrheitlich serbisch bewohnt sind. Die unter Leitung des ehemaligen französischen Generals Xavier Bout de Marnhac stehende EU-Mission umfasst rund 1.700 internationalen Experten (davon ca. 1.400 Polizisten) und kann im Bedarfsfall auf 2.210 erhöht werden. Trotz weiterhin berechtigter Zweifel, ob die EULEX-Mission angesichts des von Korruption, organisierter Kriminalität, Armut und Perspektivlosigkeit gebeutelten Landes eine durchgreifende und nachhaltige Rolle spielen kann, sind zumindest Teilerfolge, wie die Verhaftung mehrerer hochrangiger Politiker mit Mafiaverbindungen, nicht zu bestreiten.

Im Gegensatz hierzu ist die rund 290 Polizisten und Experten umfassende EU-Polizeimission in Afghanistan, die am 17. Juni 2007 mit einem Führungsstab (Mission-HQ) in Kabul in Dienst gestellt wurde und das landesweite Mandat zur Ausbildung, Beratung und Überwachung der *Afghan National Police* (ANP) dem Vernehmen nach heillos überfordert.¹⁵ Seit Missionsstart reißen die Klagen über die schlechte Ausrüstung von EUPOL, die nie erreichte Zielzahl an entsandten Polizeikräften sowie die viel zu geringe tatsächliche Ausbildungstätigkeit nicht ab. Selbst bei 400 internationalen Ausbildern würde die Ausbildungskapazität bei weitem nicht ausreichen, um die afghanische Polizei in den 366 Distrikten auszubilden. So haben mittlerweile die USA mit der Entsendung von rund 2500 eigenen Ausbildern sowie die NATO mit einer eigenen NATO Training Mission for Afghanistan (NTM-A) auf die Probleme beim afghanischen Polizeiaufbau reagiert.

Im Kongo, neben dem Balkan der zweite operative Großraum der GSVP, wurden die Mission zur Koordinierung der Sicherheitssektorreformaktivitäten, EUSEC RD Congo, sowie die Aktivitäten im Rahmen Polizeimission EUPOL RD Congo (seit 17.07.2007) mit 39 Polizei- und Justizexperten zur Unterstützung und Beratung der kongolesischen Regierung bei der Reform des nationalen Polizeidienstes fortgeführt. Am 30. September 2010 endet hingegen die Mission *EU SSR Guinea-Bissau*, die in dem westafrikanischen Land die seit längerem vor Ort laufenden polizeilichen und justiziellen Reformmaßnahmen der EU-Kommission unterstützen sollte, um zu überprüfen, ob die neue Regierung des von mafiösen Strukturen durchzogenen Landes gewillt und in der Lage ist, den Reformprozess voranzubringen.

Fortgesetzt wurde ebenfalls die Polizeimission (EUPOL COPPS), um die palästinensische Polizei beim Aufbau effektiver Strukturen zu unterstützen. Zudem wurde ein Aktionsplan mit Vorschlägen zur Reform des Strafrechtssystems der Autonomiebehörde entwickelt. Hingegen bleibt die im November 2005 begonnene *EU Border Assistance Mission at*

15 Vgl. Rat der Europäischen Union: Gemeinsame Aktion betreffend die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN), Dok. 9248/07, Brüssel, 25. Mai 2007.

Rafah Crossing Point (EU BAM Rafah) auch weiterhin suspendiert, nachdem es in Folge der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen am 15. Juni 2007 zur Schließung des Checkpoints durch Ägypten kam. Die EU hält zwar ihre Grenzpolizisten einsatzfähig und hat das Missionsmandat bis zum 24. Mai 2011 verlängert, doch rechnet niemand kurzfristig mit einer Entspannung der politisch festgefahrenen Situation.

Weiterhin ungehindert verlief die *EU-Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak* (Eujust Lex), deren Mandat bis zum Juni 2012 verlängert wurde und in deren Rahmen seit Juli 2005 rund 3300 irakische Zivilbeamte in Sicherheitsfragen in Europa geschult wurden. Trotz der lediglich 22 Ausbilder verfolgt die EU bisher als einzige internationale Organisation einen die Polizei, die Strafvollzugsorgane sowie die Justiz einbeziehenden Ansatz und hat jetzt ein Pilotprojekt initiiert, um Ausbildungsteile künftig möglicherweise auch auf irakischem Territorium durchzuführen.

Die *EU Monitoring Mission Georgia* ist seit dem 1. Oktober 2008 mit rund 200 EU-Beobachtern in der Kaukasusrepublik aktiv. Gemäß dem von der französischen Ratspräsidentschaft ausgehandelten Sechs-Punkte-Plan vom 12. August und der Umsetzungsvereinbarung vom 8. September 2008 ist es Aufgabe der unter Leitung des deutschen Botschafters Hansjörg Haber stehenden zivilen ESVP-Mission, durch Präsenz und Patrouillen erneute bewaffnete Auseinandersetzungen angesichts der weiterhin instabilen Lage weniger wahrscheinlich zu machen und etwaige Zwischenfälle als neutrale Kraft zu untersuchen. Am 10. November 2008 entschieden die EU-Außenminister, die wegen der russischen Militärpräsenz im georgischen Kernland ausgesetzten Verhandlungen über einen neuen Vertrag zwischen der EU und Russland wieder aufzunehmen. Somit repräsentiert der Einsatz der EUMM lediglich einen Teil eines umfassenderen Befriedungskonzepts für die Region. Nach Beendigung der Beobachtermissionen der Vereinten Nationen und der OSZE ist die EUMM Georgia nunmehr jedoch die einzige internationale Beobachtermission in Georgien. Vorläufig wurde das Mandat der Mission bis zum 14. September 2011 verlängert.

Als Reaktion auf die zunehmenden Übergriffe von Piraten auf zivile Handelsschiffe vor der Küste Somalias startete die EU auf der Basis von UNSC 1816 (2. Juni 2008) und 1838 (7. Oktober 2008) am 8. Dezember 2008 die 1.200 Personen umfassende Operation ATALANTA (EU NAVFOR Somalia). Sechs Fregatten und drei Marineflugzeuge überwachen das Gebiet vor der somalischen Küste. Dieser erste maritime Einsatz der EU wurde im Mai 2009 auf das gesamte Gebiet des Golfs von Aden ausgedehnt. Zu Beginn der Operation gab es divergente Auslegungen der Einsatzregeln bei der Gefangennahme von Seeräubern und deren Festsetzung oder Freilassung (wie es z.B. die Bundeswehr nach deren Entwaffnung machte). Ein im März 2009 ausgehandelter Auslieferungsvertrag der EU mit Kenia (was auch noch mit Tansania und den Seychellen angestrebt wird) ermöglicht es, festgenommene Piraten an die kenianischen Behörden zu übergeben. Der langfristige Erfolg von ATALANTA ist offen, da im Kampf gegen die grassierende Piraterie am Horn von Afrika nach Ansicht von Experten auch landseitig gegen die Hintermänner geführt werden müsste. Um hierzu einen Beitrag zu leisten und den Kampf gegen Piraten vor der Küste Somalias zu unterstützen beschloss die Europäische Kommission Anfang Februar 2010 eine Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten (EUTM-Somalia). Nachdem im April 2009 die EU auf einer Geberkonferenz für Somalia zugesagt hatte, 60 Millionen Dollar für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und 12 Millionen Dollar für die Ausbildung von Polizei durch das UNDP bereitzustellen, sollen im Rahmen von EUTM-Somalia bis 2011 rund 2000 somalische Soldaten durch europäische Militärausbilder in Uganda ausgebildet werden.

Beziehungen zwischen der EU und der NATO

War das Verhältnis zwischen der EU und der NATO zu Zeiten der Bush-Administration häufig von erheblichen Spannungen gekennzeichnet, so hat der jetzige amerikanische Präsident Obama den Europäern von Beginn an einen pragmatischen sicherheitspolitischen Dialog angeboten und durch sein außenpolitisches Programm zugleich Hoffnungen auf eine Renaissance ausgewogener transatlantischer Beziehungen geweckt. Umso verständnisloser reagierten einige europäische Partner daher auf die kurzfristige Absage Obamas für das für Mai 2010 geplante Gipfeltreffen der EU und der USA in Madrid, was allgemein als Herabstufung der strategischen Bedeutung der EU und eine Schlappe für die spanische Ratspräsidentschaft gewertet wurde. Ein neuer Anlauf für ein solches Spitzentreffen ist nun für den 20. November 2010 in Lissabon geplant.

Innerhalb der NATO selbst dominierte thematisch neben der Lage in Afghanistan und der auch unter den Partnern umstrittenen Bombardierung zweier, von Taliban-Kämpfern gestohlener Tanklaster nahe Kunduz (4. September 2009), bei welcher Schätzungen zufolge 142 Menschen ums Leben kamen, vor allem der Prozess zur Entwicklung einer neuen Allianzstrategie, welche die NATO auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen soll. Ein in diesem Rahmen unter Leitung der ehemaligen US-Außenministerin Albright erstellter Expertenreport widmet sich dabei auch in einen eigenen Abschnitt der EU und dem bilateralen Verhältnis, in welchem es heißt: „The EU is a unique and essential partner to NATO. [...] Although NATO and the EU have devised detailed mechanisms for cooperation, these have not always worked as well as hoped. Still, expertise and capabilities that countries develop for the EU are frequently employed in NATO missions and vice versa. By definition, the 24 members have shared interests and so work side-by-side in virtually every theatre in which NATO operates. Looking to the past, the two institutions have learned many of the same lessons; looking to the future, they see a common set of problems. Full complementarity between NATO and the EU will be essential if the Allies are to forge a comprehensive and cost-effective approach to security when both are involved in a stabilisation mission. Better cooperation can also be helpful in addressing unconventional threats such as terrorism, cyber-attacks, and energy vulnerabilities. The EU will often have more relevant expertise than NATO in countering the non-military aspects of such dangers, even though the line between military and non-military threats is becoming blurred.“¹⁶ Es bleibt allerdings abzuwarten, ob diese positive und kooperationsbejahende Haltung sich auch in der finalen NATO-Strategie wiederfinden wird. Auf der Ebene der konkreten Beziehungen zwischen der EU und der NATO zeichnet sich bisher zumindest keine grundlegende Veränderung ab, wenngleich festzuhalten bleibt, dass die Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der NATO zu einer leichten Entkrampfung der Situation zwischen beiden Organisationen beigetragen hat. Dennoch bleiben die Gremienarbeit in gemeinsamen MCs sowie in der NATO/EU-Capability Group weiterhin ohne wesentliche Fortschritte und reduziert sich nahezu ausschließlich auf den punktuellen Austausch von Informationen. Zwar ist die Zusammenarbeit beider Organisationen in Afghanistan und im Kosovo grundsätzlich funktionsfähig, doch wird ein echter Kooperationsmehrwert erst für die Zeit nach einer politischen Lösung des Zypernkonflikts und der damit einhergehenden Entspannung des Verhältnis EU/Türkei zu erwarten sein. Wie schon 2006 wurde in Folge der andauernden

16 NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement, Analysis and Recommendations of the Group of Experts on the new Strategic Concept for NATO, 17. Mai 2010, http://www.nato.int/nato_static/assets/pdf/pdf_2010_05/20100517_100517_expertsreport.pdf.

Blockadehaltung der Türkei einerseits bzw. Griechenlands und Zyperns andererseits das gemeinsame „Crisis Management Exercise“ (CME/CMX 2010) erneut abgesagt.

Dessen ungeachtet ist auf Anregung Deutschlands eine Initiative zur ‚Harmonisierung und Synchronisierung der Streitkräfteplanungsprozesse von EU und NATO‘ angestoßen worden. Diese verfolgt in einem ersten Schritt das Ziel, in einem „Bottom-up“-Verfahren, an welchem alle Mitgliedsstaaten der EU und der NATO sowie die Stäbe auf Experten-Ebene partizipieren, Ideen zur zeitlichen und inhaltlichen Angleichung der bisher weitgehend parallel verlaufenden Prozesse zu sammeln. Dies soll dazu dienen, das weitere langfristige Auseinanderdriften der Streitkräfteplanungsprozesse vor dem Hintergrund des „single set of forces, capabilities & resources“ zu verhindern. Nach Abschluss der Input-Phase in Bezug auf die praktische Annäherung beider Planungsprozesse sollen im darauffolgenden Schritt nun praktische Einzelprojekte gemeinsam initiiert werden.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und dem Wandel der ESVP zur GSVP hat die EU zweifellos ein neues, vielversprechendes Kapitel ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgeschlagen, wenngleich dieser auch „Ausdruck eines Jahrzehnts der Ernüchterung über die Perspektiven des Integrationsprozesses“¹⁷ ist. Die neuen Möglichkeiten der sicherheitsbezogenen Zusammenarbeit, das systematische Aufbrechen der immer wieder als maßgeblicher Friktionsherd geschilderten Säulenstruktur sowie die Schaffung neuer integrierter Strukturen – insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes – geben durchaus Grund zu Optimismus in Bezug auf die weitere Entwicklung der ESVP/GSVP. Andererseits bleibt die EU weiterhin gefangen im Geflecht nationaler Interessen ihrer Mitgliedsstaaten, die selbst angesichts teils dramatischer Haushaltsdefizite und chronisch falsch und/oder unterfinanzierter Verteidigungsbudgets, die vielfältigen neuen Spielräume des Zusammenwirkens bisher weitgehend ungenutzt lassen. So wird hinter vorgehaltener Hand aus Regierungskreisen das Herzstück der Weiterentwicklung und Vertiefung der GSVP, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), bereits als „Totgeburt“ abgetan, obwohl hierdurch durchaus erhebliche Integrations- und Einsparpotenziale zu realisieren wären. Zwei Workshops der EU-Mitgliedsstaaten, auf welchen entsprechende Sondierungen zu neuen Initiativen im Rahmen der SSZ erfolgen sollten, verliefen ergebnislos und werfen vor dem Hintergrund immer drängenderer Haushaltsprobleme der EU-Staaten einen Schatten auf die zukünftige Fähigkeit der EU zur Wahrnehmung der Rolle als globaler Sicherheitsakteur.

Weiterführende Literatur

- Asseburg, Muriel/Kempin, Ronja (Hrsg.): Die EU als strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Eine systematische Bestandsaufnahme von ESVP-Missionen und Operationen, Berlin: SWP, 2009.
- Heise, Volker: Zehn Jahre Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Entwicklung, Stand und Probleme, Berlin: SWP-Studie, Oktober 2009.
- Herolf, Gunilla: Schweden und die Ratspräsidentschaft: Ehrlicher Makler mit eigenen Interessen, Integration, No. 2/2010, April 2010, S. 131-149.
- Jonas, Alexandra/von Ondarza, Nicolai: Chancen und Hindernisse für die europäische Streitkräfteintegration. Grundlegende Aspekte deutscher, französischer und britischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vergleich, Wiesbaden 2010.
- Overhaus, Marco: Zivil-militärisches Zusammenwirken in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU: Operative Erfahrungen, Defizite, Entwicklungsmöglichkeiten, SWP-Studie 2010/S 10, Mai 2010.
- Sandawi, Sammi: Die Vermessung der ESVP/GSVP: Erfahrungen, Lehren und Trends aus den bisherigen Einsätzen, in: Walter Feichtinger, Carmen Gebhard (Hrsg.): Globale Sicherheit – Europäische Potenziale: Herausforderungen – Ansätze – Instrumente, Wien 2010, S. 245-266.

17 Annegret Bendiek: Neuer Europäischer Realismus, SWP Aktuell, Februar 2010, S. 1.